

Grant Duncan
August 2026

Das verlorene Paradies

Neuseelands Staats- und Identitätskrise



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung für Internationale Zusammenarbeit |
Referat Globale und Europäische Politik
www.fes.de/referat-globale-und-europaeische-politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Nina Netzer | Internationale Soziale Demokratie
nina.netzer@fes.de

Kontakt

Christiane Heun
christiane.heun@fes.de

Übersetzung

Jan-Peter Herrmann

Design/Layout

Ludger Stallmeister

Titelillustration

edeos – digital education GmbH

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

August 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
[↗ www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)

Grant Duncan
August 2026

Das verlorene Paradies

Neuseelands Staats- und Identitätskrise

Das verlorene Paradies: Neuseelands Staats- und Identitätskrise

Angesichts der wirtschaftlichen Stagnationskrise und eines anhaltenden Verfassungstreits steht der entlegene Archipel vor grundlegenden Fragen über seine Zukunft als geeinte Nation.

Für Europäer:innen erscheint Neuseeland als ein idyllisches und entlegenes Naturparadies – ein Traumreiseziel auf so manch einer *Bucket List* und der Sehnsuchtsort vieler Menschen für den Ruhestand. Für diejenigen, die diesen Ort ihr Zuhause nennen, hat sich das Paradies jedoch in einen Ort tiefgreifender Verunsicherung verwandelt. Der wirtschaftliche Fortschritt und der soziale Zusammenhalt des Landes sowie seine ureigene Identität als Nationalstaat stehen unter immensem Druck. Welche Art von Staat soll Neuseeland sein? Was kann er für die Menschen tun, die vermeintlich unter seinem Schutz stehen?

Seit der Etablierung der Kolonialregierung im Jahr 1841 wurden die Landesgrenzen nicht mehr infrage gestellt. Im Jahr 1900 entschied sich Neuseeland für die Unabhängigkeit und – vor allem aufgrund der geographischen Entfernung – gegen den Beitritt zum Australischen Commonwealth. Obwohl das Land eigenständig über seinen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg entschied, erlangte es die vollständige souveräne Unabhängigkeit in den internationalen Beziehungen erst 1947.

Neuseeland ist ein Zentralstaat mit einem Parlament nach britischem Vorbild, das erstmals im Jahr 1854 tagte. Das Oberhaus wurde 1950 abgeschafft, und seit 1996 gibt es ein „Mixed-Member Proportional“ (MMP)-Wahlsystem, ein mit dem deutschen Wahlrecht vergleichbares Mischwahlrecht (bestehend aus Verhältnis- und Direktwahl).

Progressive Anfänge

In der Sozialpolitik war Neuseeland lange weltweit Vorreiter. In den 1890er-Jahren wurden arbeitspolitische Schlichtungsverfahren und Schiedsgerichte eingeführt, ebenso wie Versorgungsansprüche bei Arbeitsunfällen und ein System der Altersvorsorge. Als erstes Land der Welt führte Neuseeland 1893 das Frauenwahlrecht ein. Manche zeitgenössischen Beobachter:innen sahen Neuseeland geradezu als Versuchslabor eines Staatssozialismus. Nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre baute die erste *Labour*-Regierung (1935–49) die soziale Sicherung, die öffentliche Gesundheitsversorgung und die öffentliche Bildung weiter aus und führte das Land auf einen sozialdemokratischen Entwicklungs- und Modernisierungspfad. Selbst die konservative *National Party* behielt in der Folge so manch eine progressive politische Maßnahme bei, etwa das staatliche Wohnungsbauprogramm zugunsten von Familien mit geringem Einkommen.

In der Nachkriegszeit blieb Neuseeland ein abgeschiedenes Land – zwar von der Größe Italiens, aber mit einer winzigen Bevölkerung, deren Zahl im Jahr 1974 bei nur drei Millionen lag. Der Wohlstand im Land beruhte größtenteils auf landwirtschaftlichen Exportgütern, begünstigt einerseits durch vorteilhafte Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich (vor seinem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) und andererseits durch eine Politik der Importsubstitution.

Und doch wird Neuseeland seit jeher von Diskussionen über die verfassungsmäßige Legitimation des Staates geplagt. Das nationale Gründungsdokument trägt den Titel *Te Tiriti o Waitangi* (Vertrag von Waitangi) und wurde 1840 zwischen mehr als 500 indigenen Anführer:innen und Vertreter:innen der britischen Krone geschlossen. Dieser Vertrag sah die Bildung einer Regierung (*kawanatanga*) vor, garantierte die Anerkennung der traditionellen Autoritäten und Praktiken der indigenen Bevölkerung und weitete die Anwendung britischen Rechts auf alle Einwohner:innen aus. In der Folgezeit wurden diese Zusagen von den Siedlerregierungen jedoch vielfach und in gravierendem Ausmaß gebrochen, sodass die indigenen Māori zu einer benachteiligten Minderheit in ihrem eigenen Land wurden.

Ab den 1970er-Jahren gewann die Bewegung zur Wiederherstellung indigener Rechte zunehmend an Stärke. Seit den frühen 1990er-Jahren findet ein Prozess der Wiedergutmachung statt, der Entschädigungsverfahren und auch die Rückgabe geraubten Landes beinhaltet. Während die Einigungen in diesem Rahmen nie ernsthafte politische Kontroversen ausgelöst haben, tobt bis heute eine unversöhnliche Debatte über die verfassungsrechtliche Bedeutung des Vertrags von 1840. Das eine Lager argumentiert, dass *Te Tiriti* eine dauerhafte Partnerschaft zwischen den Māori und der „Krone“ – also den staatlichen Institutionen – etabliert habe; entsprechend seien alle öffentlichen Institutionen dazu verpflichtet, Co-Governance-Strukturen zu schaffen und die indigene Selbstbestimmung anzuerkennen.

Das andere Lager führt ins Feld, dass der Vertrag (in seiner englischsprachigen Fassung) die Souveränität der Krone festschreibe, unter der alle Neuseeländer:innen dieselben Rechte und Pflichten genießen.

Diese widerstreitenden Vorstellungen mündeten schließlich 2024 in einen offenen Konflikt, als im Parlament ein Gesetzentwurf eingebracht wurde, demzufolge die „Grundsätze des Vertrags“ entlang der letzteren Auslegung verstanden werden sollten. Trotz des Scheiterns dieser Gesetzesvorlage offenbarte der Vorgang grundlegende Differenzen, die so schnell nicht verschwinden werden.

Das neoliberale Experiment

Diese Auseinandersetzungen offenbaren, dass viele Neuseeländer:innen individuellen Rechten und privatem Unternehmertum Vorrang einräumen. Ebensolche Ideen dominieren seit dem wichtigen Wahlsieg der *Labour Party* im Jahr 1984, woraufhin Neuseeland zum Musterschüler des Neoliberalismus avancierte. Das ‚neuseeländische Modell‘ der öffentlichen Politik (*Public Policy*) wurde zum Lieblingsthema jener internationalen Agenturen und Institutionen, die die Globalisierung vorantrieben. Für einfache Neuseeländer:innen waren die Resultate der radikalen Reformen der *Labour*-Regierung jedoch bestenfalls gemischt. In den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren erlebte das Land einen starken Anstieg bei der Einkommensungleichheit und Arbeitslosigkeit.

Heute ist der gesellschaftliche und institutionelle Niedergang schon im Straßenbild sichtbar: Wohnungslosigkeit, Drogenmissbrauch, Gesundheitsprobleme und Verelendung treffen viele, insbesondere Angehörige der Māori Community. Am entgegengesetzten Ende des gesellschaftlichen Spektrums hat eine – in einer zahlenmäßig so kleinen Bevölkerung naturgemäß eng vernetzte und selbst-erhaltende – wohlhabende Elite ihre Privilegien gefestigt.

Das neoliberale Streben nach einem ‚schlanken‘ Minimalstaat ist allerdings an seine Grenzen gestoßen; das ‚neuseeländische Modell‘ konnte nie vollständig umgesetzt werden. Heute erhoffen sich Neuseeländer:innen aus allen politischen Lagern vom Staat Verbesserungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Wirtschaftsleistung, wenngleich größte Uneinigkeit über das *Wie* besteht. Die konservative *National Party* verspricht, sie werde das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln wie bei einer simplen Gartenpflanze, womit sie jeglichen Anspruch auf Hayek’sche *Laissez-faire*-Prinzipien aufgegeben hat.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft hat allerdings enttäuschende Ergebnisse gebracht. Das Pro-Kopf-BIP ist in den zwei Jahren bis Juni 2025 um **2,8 Prozent gesunken**. Die Wirtschaft hat noch immer mit den Folgen der strengen Covid-Lockdowns zu kämpfen, und sie leidet im Übrigen seit der Weltwirtschaftskrise in den 1970er-Jahren unter einem anhaltend defizitären Produktivitätsniveau. Nicht zuletzt, weil der Neuseeland Dollar auf internationalen Märkten bedeutungslos ist, ist das Land hinter die anderen OECD-Länder zurückgefallen und droht sogar, in eine langfristige Schuldenspirale zu geraten.

Auch wenn die meisten Neuseeländer:innen nach wie vor ein hohes Maß an Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden bekunden und die neuseeländische Gesellschaft noch immer von einem hohen Vertrauensniveau gekennzeichnet ist, konstatierte die von der Statistikbehörde herausgegebene **Bevölkerungsumfrage im Jahr 2023** eine Erosion des Vertrauens in zentrale öffentliche Dienste und Institutionen sowie das Parlament.

Eine ungewisse Zukunft

Politische Polarisierung, wirtschaftliche Ungleichheit, Klimawandel und die Revolution der künstlichen Intelligenz (KI) haben aus Neuseeland einen in Teilen abgehängten, fragilen Staat gemacht: ein gespaltenes Land, das einer ungewissen Zukunft entgegenblickt. So sehr sich die Regierung – durch Investitionen in Bildung und Forschung, oder durch intelligentere oder weniger Regulierung – bemühen mag, die Produktivität zu erhöhen und die Chancengleichheit zu stärken: Neuseeland fehlt es an Größe, um mit den digitalen Plattformen konkurrieren zu können, die zunehmend das globale Wirtschaftswachstum bestimmen, insbesondere durch KI.

Die Neuseeländer:innen werden Gebühren und Abo-Kosten an die Mega-Plattformen zahlen, während sie gleichzeitig Werbeeinnahmen verlieren. Denn sie haben im Austausch wenig anderes als ihre traditionellen landwirtschaftlichen Güter anzubieten. Diesen Exporten droht jedoch die Verdrängung durch neue landwirtschaftliche und proteinherstellende Technologien, mit denen Nahrungsmittel in größerer Nähe zu den kaufkräftigsten Verbraucher:innen dieser Welt produziert werden können.

Die Identitäts- und Anspruchspolitik rund um die *Tiriti*-Debatte hat dazu geführt, dass der Blick des Landes vornehmlich nach innen und in die Vergangenheit gerichtet ist. Öffentliche Debatten über Wirtschaft und Gesellschaft drehen sich naturgemäß um den Staat, doch gibt es keine Einigkeit über dessen Grundlage. Den politischen Parteien fehlt es an überzeugenden Visionen für künftigen Wohlstand, während die Bevölkerung immer weniger Vertrauen in sie setzt. Die Debatten in Wahlkämpfen drehen sich in der Regel um Steuern, Transferleistungen und die öffentliche Daseinsvorsorge – zweifellos wichtige Themen –, doch wird Neuseelands Produktivitätslücke höchstwahrscheinlich – unabhängig davon, wer gerade regiert – noch weiter anwachsen.

Gefangen zwischen den hohen Erwartungen an die Erbringung öffentlicher (Versorgungs-)Leistungen und einer weitverbreiteten Ablehnung zentralistischer Planung, fehlt es dem Staat an Mitteln, Legitimation und Voraussicht, um politisch nachhaltige Strategien bezüglich der Infrastruktur oder der wirtschaftlichen Entwicklung vorzulegen und umzusetzen. Der Staat erodiert wie eine Sandburg; das Vertrauen der Bevölkerung und der politische Konsens fallen unter den Wellen globaler Veränderung in sich zusammen.

Dieser Artikel ist Teil einer Reihe zu globalen Debatten über Staat und Regierung, die in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung produziert und herausgegeben wird.

Über den Autor

Grant Duncan (www.grantduncan.com) ist ehrenamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter am Public Policy Institute, University of Auckland, Neuseeland. Sein neuestes Buch ist *Government and Political Trust: The Quest for Positive Public Administration* (Routledge 2024). Darüber hinaus ist er der Autor des *Politics Happens*-Newsletters auf Substack.

Das verlorene Paradies

Angesichts der wirtschaftlichen Stagnationskrise und eines anhaltenden Verfassungskonflikts steht der entlegene Archipel vor grundlegenden Fragen über seine Zukunft als geeinte Nation.

Diese Publikation ist Teil der Beitragsreihe „State Debate“, die sich mit globalen Diskussionen zum Thema Staat und Regierung befasst und in Zusammenarbeit mit Social Europe produziert wurde.

Der Beitrag erschien im Original auf Englisch auf der Website von Social Europe:
<https://www.socialeurope.eu/tag/state-debate>

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ [fes.de](https://www.fes.de)